



Annette Keller

# 9 Fragen und 9 Antworten zum 9. Februar

Am nächsten Abstimmungssonntag geht es nur um eine einzige Vorlage – und die ist erst noch chancenlos. Was bei der Umweltverantwortungsinitiative der Jungen Grünen schiefgelaufen ist und warum das der Klimabewegung schaden könnte.

Von [Philipp Albrecht](#), 21.01.2025

## 1. Wer sagt, dass die Initiative keine Chance hat?

Bei der ersten [SRG-Umfrage](#) von Mitte Dezember sprachen sich nur gerade 45 Prozent der Befragten für die Initiative der Jungen Grünen aus. 49 Prozent waren dagegen. Bei der [Umfrage von «20 Minuten»](#) lehnten sie sogar 63 Prozent ab. Nur 34 Prozent waren bestimmt oder eher dafür.

Das ist ein denkbar schlechter Start für eine Abstimmungskampagne, weil Volksinitiativen bis zum Urnengang in der Regel an Zustimmung verlieren. Sie starten oft mit relativ hohen Sympathiewerten beim Stimmvolk und büssen sie dann wieder ein, nachdem ausführlich über das Anliegen berichtet worden ist.

Das Problem der Umweltverantwortungsinitiative ist, dass sie schon von Anfang an eine negative Prädisposition hat, wie es das Umfrageinstitut GFS Bern [nennt](#), also eine höhere Nein-Tendenz. Um diesen Trend umzukehren, müsste sich eine Proteststimmung aufbauen, es bräuchte viele Bürgerinnen, die sich kurzfristig für die Stimmabgabe entscheiden, weil sie ein Zeichen setzen wollen. Laut GFS Bern ist ein solches Verhalten sehr selten. Von den [69 Volksinitiativen seit 2008](#) schafften das nur die beiden rechten Initiativen gegen Masseneinwanderung und für ein Minarettverbot.

Volksinitiativen haben es grundsätzlich schwer. Von den 234, die seit 1891 zur Abstimmung kamen, fanden lediglich 26 eine Mehrheit. Was dazu kommt: Bis heute war keine einzige Volksinitiative einer Jungpartei erfolgreich. Einzig die Stopp-Offroad-Initiative, hinter der namentlich die Jungen Grünen standen, schaffte es 2011, dass das Parlament einzelne Teile des Begehrens in einen indirekten Gegenvorschlag einfließen liess.

## 2. Was will die Initiative genau?

Sie verlangt, dass sich Unternehmen und Gesellschaft der Erneuerungsfähigkeit der Natur anpassen. Es soll nur noch so viel produziert und importiert werden, wie die Umwelt verkraftet. Die Initiantinnen stützen sich auf das Konzept der planetaren Grenzen, das die Widerstandsfähigkeit der Erde beschreibt.

Innerhalb von zehn Jahren sollen in den Bereichen Klima, Biodiversität, Wasserverbrauch, Landnutzung sowie Stickstoff- und Phosphoreintrag die Grenzen der Belastbarkeit der Erde gemessen am Anteil der Schweiz an der Weltbevölkerung nicht mehr überschritten werden. Wie das konkret geschehen soll, lässt der Initiativtext offen. Es ist einzig von einer sozialverträglichen Umsetzung im In- und Ausland die Rede. Die Details müsste das Parlament ausarbeiten.

## 3. Warum sprechen die Gegner von der «Verarmungsinitiative»?

Weil sie davon ausgehen, dass bei einem Ja zur Initiative alles teurer würde. Das Nein-Komitee unter Leitung der FDP verwendet den Slogan «Nein zur Verarmungsinitiative» und schreibt etwa auf Instagram: «Die Art, wie

wir heute essen, gehört mit der Verarmungsinitiative der Vergangenheit an. Eine Preisexplosion auf Grundnahrungsmittel droht. Gewisse Produkte wie Fleisch, Käse, Kaffee und exotische Lebensmittel werden zu Luxusgütern.»

Melanie Racine, die Vizepräsidentin der Jungfreisinnigen, übergoss sich in einem Instagram-Post mit einer Schüssel Wasser und sagte: «Kalt duschen und Konsumverbote – das könnte Realität werden mit der Umweltinitiative der Jungen Grünen.»

Etwas nüchterner argumentierte das Departement von Bundesrat Albert Rösti, als es die Ablehnung der Initiative rechtfertigte: «Produkte und Dienstleistungen für den Schweizer Markt müssten unter strengeren Voraussetzungen produziert werden als Produkte, die für den ausländischen Markt bestimmt sind. Es würde zu Einschränkungen in den Bereichen Ernährung, Wohnen und Mobilität kommen.»

Für den Bundesrat ist zudem die Umsetzungsfrist viel zu kurz bemessen: «Bei Annahme der Initiative müsste die Schweiz ihre durch den inländischen Konsum verursachte Umweltbelastung innerhalb von zehn Jahren stark reduzieren. Dazu wäre eine Vielzahl von weitreichenden Vorschriften, Verboten oder Anreizen erforderlich.»

Magdalena Erni, Co-Präsidentin der Jungen Grünen, hält entgegen, dass die zehn Jahre angesichts der fortgeschrittenen Klimakrise sogar zu lange seien. «Inzwischen ist allen bewusst, dass die Klimakrise existiert und eine grosse Gefahr darstellt, und trotzdem gibt es noch immer keine Lösungsvorschläge. Neue Impulse sind dringend nötig und das Konzept der planetaren Grenzen spielt dabei eine wichtige Rolle.»

#### **4. Wieso gibt es nicht genug Zustimmung für das Anliegen?**

Weil die bisher Befragten die drohenden Einbussen stärker gewichten als die positiven Effekte. Denn eigentlich geniesst das grundsätzliche Anliegen viel Sympathie: In der SRG-Umfrage stimmten 63 Prozent der Befragten der Aussage zu, dass die Schweiz nicht nur ihre inländische Umweltbelastung reduzieren, sondern auch Verantwortung für die ökologischen Schäden übernehmen muss, die sie im Ausland verursacht. 55 Prozent waren sogar der Meinung, dass die Schweiz eine Vorreiterrolle im internationalen Umweltschutz einnehmen soll.

Doch am Ende will eine noch grössere Mehrheit die Wirtschaft nicht mit zusätzlichen Verboten und Regelungen belasten und nicht auf den gewohnten Lebensstandard verzichten. Zwei Drittel der Befragten sehen einen Widerspruch im Initiativtext: Die von den Initianten geforderte Sozialverträglichkeit sei nicht möglich, wenn die Lebenshaltungskosten in die Höhe getrieben werden.

Auffallend ist die Diskrepanz zwischen den Grünliberalen und ihrer Wählerschaft. Im Parlament stimmten die Parteivertreterinnen geschlossen gegen die Initiative, während 63 Prozent der GLP-Wähler sie eher oder sicher annehmen wollen. Das könnte als Hinweis dafür gedeutet werden, wie sehr sich die Partei vom Grün in ihrem Namen und von ihrer Wählerinnenschaft entfernt hat. Oder aber es zeigt, dass sich viele der Befragten noch zu wenig mit der Initiative auseinandergesetzt haben. Darüber lässt sich nur spekulieren.

GLP-Nationalrat Martin Bäumle jedenfalls bezeichnete in der parlamentarischen Debatte die Initiative als «sehr naiv» und beschrieb, weshalb es grüne Anliegen grundsätzlich schwer haben: «Materiell arbeiten wir in der Kommission seit Jahren an all diesen Themen, und es geht nicht so schnell, wie es die Grünliberalen gerne hätten. Aber wir leben in einer Demokratie und müssen immer wieder das Volk mitnehmen, das uns schon einige Male gebremst hat. In netten Umfragen wird dann gesagt, man solle schneller vorwärtsgehen. Wenn es aber konkret wird, dann ist das Volk manchmal nicht dabei.»

## 5. Warum hat das Parlament keinen Gegenvorschlag gemacht?

Auch wenn das unlogisch klingt: Ein Gegenvorschlag zur Initiative hätte dem Anliegen der Jungen Grünen womöglich geholfen. «Es ist wahrscheinlich das Beste, was einer Volksinitiative passieren kann», sagt Marc Bühlmann, Politologe und Direktor von Année politique Suisse. «Die Umsetzung des Anliegens auf Gesetzesstufe passiert dann nämlich unmittelbar.» Viele angenommene Volksbegehren seien zuerst einmal nicht viel mehr als eine Verfassungsänderung. Bis das Parlament daraus eine Gesetzesänderung mache, dauere es Jahre, und meist sei das Anliegen am Ende verwässert. Bei einem Gegenvorschlag wisse man wenigstens, was man habe.

Im Parlament war allerdings eine deutliche Mehrheit der Meinung, dass die Vorlage derart übers Ziel hinausschiesst, dass sie an der Urne ohnehin keine Chance haben wird. Die von linker Seite ausgearbeiteten direkten Gegenvorschläge, mit denen man auf die zehnjährige Übergangsfrist und auf das Konzept der planetaren Grenzen als Richtlinie verzichtet hätte, waren deshalb in beiden Kammern chancenlos.

Zur Republik sagt Julia Küng, die bei der Lancierung der Unterschriftensammlung 2021 die Jungen Grünen präsidierte: «Das ist für mich eine grosse Enttäuschung. Ich hatte gehofft, dass sich das Parlament zu einem Gegenvorschlag durchringt.»

## 6. Wo findet eigentlich der Abstimmungskampf statt?

Hauptsächlich auf Social Media. Beide Seiten wollen vor allem auf Instagram, Youtube, Tiktok und Facebook aktiv sein. Die FDP schaltet punktuell Inserate in Zeitschriften und digitale Spots an Tankstellen. Die Jungen Grünen setzen lokal auf Plakate, Inserate, Flyer und Digitalwerbung an Bahnhöfen.

Die verhältnismässig spärlichen Kampagnen der beiden Lager haben mit deren sehr knappen Budgets zu tun. Die Initianten haben für ihre Kampagne lediglich 175'000 Franken zur Verfügung. Weitere 59'000 Franken hat Greenpeace für eine eigene Pro-Kampagne gesprochen. Das Nein-Lager hat 450'000 Franken zur Verfügung, die vor allem von Economiesuisse, dem Gewerbeverband und dem Hauseigentümergeverband stammen.

Zumindest auf Instagram wirkt das Aufwand-Ertrags-Verhältnis der Ja-Kampagne besser: Deren Profil zählt 1622 Followerinnen, das der Nein-Kampagne nur 97.

## 7. Was ist bei der Initiative schiefgelaufen?

So einiges. Aber nicht für alles tragen die Initianten die Schuld. Schon die Unterschriftensammlung startete im August 2021 zum denkbar ungünstigsten Zeitpunkt. Nur wenige Wochen zuvor hatte das CO<sub>2</sub>-Gesetz an der Urne Schiffbruch erlitten. Für eine neue Umweltvorlage standen die Zeichen schlecht.

Julia Küng setzte damals im Gespräch mit dem «Tages-Anzeiger» auf das Prinzip Hoffnung: «Abgestimmt über unsere Initiative wird ohnehin erst in ein paar Jahren. Bis dahin wächst hoffentlich das Bewusstsein, welche Katastrophe uns droht, wenn wir nicht sehr schnell sehr entschlossene Massnahmen treffen.»

Die Sammlung verlief harzig. Das Komitee scheiterte an seinem Ziel, die Initiative im Dezember 2022 einzureichen, weil ein Viertel der gesammelten Unterschriften ungültig war. Viele hatten mehrmals unterschrieben oder waren noch gar nicht stimmberechtigt. Offenbar kam die Jungpartei wegen Lockdown-Massnahmen und fehlender Adressverzeichnisse nicht aus ihrem angestammten Umfeld hinaus. Doch am Ende reichte es dann doch für 106'000 gültige Unterschriften.

In der Zwischenzeit hat sich im Umweltbereich politisch einiges getan. Aber eben nicht nur Positives: Das Stimmvolk nahm zwar 2023 das Klimagesetz an und versenkte Ende 2024 den Autobahnausbau. Doch die beiden Volksinitiativen für sauberes Trinkwasser 2021 und eine bessere Biodiversität 2024 fielen mit über 60 Prozent Ablehnung durch.

Das deutliche Verdikt könnte ein Grund für das tiefe Interesse an der Umweltverantwortungsinitiative sein. Medien berichten sehr spärlich darüber, und das, obwohl am 9. Februar auf Bundesebene über keine andere Vorlage abgestimmt wird.

«Mit dem Umweltthema sind die Grünen tatsächlich lange auf einer Welle gesurft, die nun aber abgeflacht ist», sagt Politologe Marc Bühlmann. «Es klingt zwar schlimm, doch die Leute lassen sich nicht mehr so stark von dem Thema bewegen.»

Zudem ist die Vorlage auch noch sperrig formuliert, wie Bühlmann feststellt: «Die Initiative kommt relativ technisch daher. Man versteht zwar, was gemeint sein könnte, aber es klingt trotzdem zu wenig zugänglich. Man hat es offensichtlich nicht geschafft, das Thema genügend *catchy* zu verpacken.»

Und schliesslich fehlen den Initiantinnen wichtige Verbündete. Zwar spricht sich ein Wissenschaftskomitee für die Initiative aus, doch darüber hinaus haben es die Jungen Grünen nicht geschafft, Persönlichkeiten aus der Wirtschaft oder der politischen Mitte ins Boot zu holen. So bleibt der Eindruck, dass das Anliegen nicht allzu breit abgestützt ist. Auf der Kampagnenwebsite finden sich – abgesehen von der EVP – keine Organisationen oder Exponenten ausserhalb des links-grünen Spektrums.

## 8. Nutzen die Jungen Grünen die Initiative einfach für Marketing in eigener Sache?

Nicht nur, aber auch. Co-Präsidentin Magdalena Erni sagt, es gehe der Partei ausschliesslich um die Sache. Man sei sich aber durchaus bewusst, dass man wenig Chancen an der Urne habe: «Natürlich hätten wir die Initiati-

ve nicht lanciert, wenn wir nicht einen Funken Hoffnung hätten, dass sie durchkommt. Aber klar, es ist grundsätzlich sehr schwierig, als Jungpartei eine Abstimmung zu gewinnen. Wichtig ist, dass der Diskurs geprägt wird, dass der Bundesrat Stellung nehmen muss und wir Albert Rösti in der «Arena» konfrontieren können.»

Bei Volksinitiativen gehe es nie bloss darum, eine Mehrheit der Stimmbürger für ein Anliegen zu überzeugen, sagt Politologin Marc Bühlmann. Sie dienen Parteien oder Organisationen auch als eine Art internes Mobilisierungsinstrument. Diese könnten sich damit beweisen, dass sie es schaffen, politisch etwas zu bewegen: «100'000 Unterschriften zu sammeln, ist alles andere als einfach. Ich gehe davon aus, dass nur schon das Zustandekommen dieser Initiative innerhalb der Partei einige Euphorie ausgelöst hat.»

Dass so etwas keinen wirklichen Nutzen für die direkte Demokratie hat, nehmen die Jungen Grünen in Kauf. Doch der Schuss könnte auch nach hinten losgehen: Sollte die Zustimmung zur Initiative ausserordentlich tief ausfallen, würde nicht nur der interne Zusammenhalt auf die Probe gestellt – es stünde noch viel mehr auf dem Spiel.

## **9. Schadet es der Klimabewegung, wenn die Initiative deutlich abgelehnt wird?**

Auf diese Frage gibt es eine hoffnungsvolle und eine betrübliche Antwort.

Zunächst die betrübliche: Es ist wahrscheinlich, dass eine Schlappe an der Urne weitere Vorstösse und Abstimmungen zum Thema negativ beeinflusst. Ausschlaggebend wird das Ausmass der Zustimmung am 9. Februar sein: je tiefer der Ja-Anteil, desto höher der Schaden.

Politologin Bühlmann sieht die kritische Grenze bei 20 bis 30 Prozent. Fällt die Zustimmung tiefer aus, müsse die ganze Übung als gescheitert und kontraproduktiv für den Kampf gegen den Klimawandel gelten. Man könne den Initiantinnen dann vorwerfen, sie hätten die Leute vergrault, sagt Bühlmann: «Das schadet dann nicht mehr nur den Jungen Grünen, sondern der gesamten Klimabewegung.»

Nun die hoffnungsvolle Antwort: Nach einer gescheiterten Abstimmung könnte ein Anliegen ebenso gut wieder Fahrt aufnehmen und in den politischen Prozess einfliessen, weil das Thema aus unterschiedlichen Gründen wieder aktuell wird. Bühlmann nennt das Beispiel Armee: Zwar lehnte das Stimmvolk 1989 die Armeeabschaffung mit 64 Prozent der Stimmen ab, doch weil der Ja-Anteil für viele überraschend hoch war, stiess das Begehren in den Folgejahren zahlreiche Reformen an. «Es ist nicht unrealistisch, dass die Idee der Jungen Grünen zu einem späteren Zeitpunkt im Parlament mit ein paar Anpassungen wieder aufgenommen werden wird», sagt der Politologe.

Die Hoffnung, sie stirbt zuletzt.